

## Sitzungsniederschrift

### 4. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration

Sitzungsort: <b>Hotel "Alte Schmiede", Esenser Str. 295, 26607 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>12.05.2022</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:46 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Forster, Hans	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Biller, Anita	SPD	
de Vries, Kevin	SPD	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Krüsmann, Enno	SPD	
Seeberg, Timo	SPD	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Ubben, Heinrich	FW im Landkreis Aurich	
Weilage, Udo	CDU/FDP	
<b>Grundmandat</b>		
Tyedmers, Johannes	AfD	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Frieden, Helene		Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Weser-Ems
Köhler, Jörg		Erwerbslosen/Arbeitsloseninitiative
Krüger, Detlev	FW im Landkreis Aurich	
Pieschke, Bärbel		Behindertenbeauftragte

Saathoff, Peter	Sozialverband Deutschland, Kreisverband Aurich-Norden
Tobiassen, Bernd	Ausländerbeauftragter
<b>Verwaltung</b>	
Hoofdmann, Sandra	
Müller, Michael	Leiter Amt 52
Puchert, Dr. Frank	
Seemann, Volker	Zuständig für die Widersprüche und zuständiger Abteilungsleiter Migration

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Reinken, Wilhelm	FW im Landkreis Aurich
Ubben, Hilde	FW im Landkreis Aurich

**Beratende Mitglieder**

Caspers, Matthias	Arbeitergemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Wilken, Kerstin	Arbeitergemeinschaft der Wohlfahrtspflege

## Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- |     |  |
|-----|--|
| 1.  | Eröffnung der Sitzung  |
| 2.  | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit   |
| 3.  | Feststellung der Tagesordnung  |
| 4.  | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.03.2022 - öffentlicher Teil -                            |
| 5.  | Einwohnerfragestunde   |
| 6.  | Bericht des Jobcenters; Jahresabschluss 2021   |
| 7.  | DRK Übernachtungsheim<br>Vorlage: X/2022/054   |
| 8.  | Flüchtlingsunterbringung; Sachstandsbericht  |
| 9.  | Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2022; Unterbringung von Geflüchteten<br>Vorlage: X-AF/2022/019         |
| 10. | Antrag Freie Wählergemeinschaft vom 20.04.2022; Unterkünfte für geflüchtete Ukrainer<br>Vorlage: X-AF/2022/020 |
| 11. | Anfrage SPD Fraktion vom 21.04.2022; Unterbringung von Flüchtlingen  |



Vorlage: X-AF/2022/021

---

12. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2022; Landkreis Aurich als "sicherer Hafen" für geflüchtete Menschen

Vorlage: X-AF/2022/015

---

13. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
- 

14. Einwohnerfragestunde
- 

15. Schließung der Sitzung
- 

### Öffentlicher Teil:

#### **TOP 1      Eröffnung der Sitzung**

**Vorsitzender Forster** eröffnete um 15.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle anwesenden Personen.

---

#### **TOP 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Vorsitzender Forster** stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

---

#### **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

**Vorsitzender Forster** erkundigte sich, ob Einwände gegen die Tagesordnung bestünden. Einwände wurden nicht erhoben.

**Vorsitzender Forster** schlug vor, dass die Tagesordnungspunkte 9, 10 und 11 unter dem Tagesordnungspunkt 8 behandelt werden. Es sei zu erwarten, dass sich durch den Bericht von Herrn Schäfer viele Fragen beantworten lassen. Damit erklärten sich alle Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

---

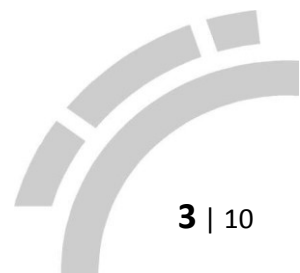
#### **TOP 4      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.03.2022 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wurde bei 4 Enthaltungen –wegen Nichtteilnahme- einstimmig genehmigt.

---

#### **TOP 5      Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.



**TOP 6      Bericht des Jobcenters; Jahresabschluss 2021**

**Herr Focken, Leiter des Jobcenters**, trug den Bericht des Jobcenters über den Jahresabschluss 2021 vor. Der Bericht kann der Anlage 1 entnommen werden.

**Herr Focken** ergänzte zum Ende seines Vortrags, dass sich die positiven Zahlen zum 01.06.2022 durch die Übernahme der Ukraine Flüchtlinge in die Zuständigkeit des Jobcenters verändern würden. Die Vorbereitung für die Übernahme erfolge derzeit.

**Herr Köhler** erkundigte sich, ob die Altersstruktur der Langzeitarbeitslosen bekannt sei.

**Herr Focken** antwortete, dass es eine differenzierte Aufstellung gäbe und diese dem Protokoll beigelegt werde. (Anlage 2)

**Abgeordneter Krüsmann** wollte wissen, ob in den letzten zwei Jahren das Budget für Maßnahmen ausgeschöpft wurde.

**Herr Focken** antwortete, dass das Budget nicht ausgeschöpft wurde. In 2020 seien ca. zwei Millionen Euro und im Jahr 2021 etwas mehr als zwei Millionen Euro nicht ausgegeben worden. Dies lag insbesondere daran, dass die Maßnahmen aufgrund der Corona Pandemie nicht durchgeführt werden konnten.

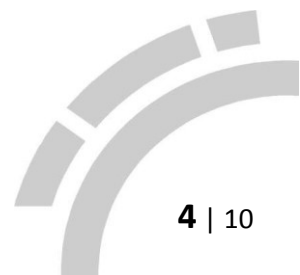
**Abgeordneter Krüsmann** teilte mit, dass das Personal im Jobcenter aufgestockt werde. Er wollte wissen, ob das Personal in der Leistungssachbearbeitung oder in der Vermittlung eingesetzt werde.

**Herr Focken** berichtete, dass zum 01.07.2022 drei neue Mitarbeitende im Jobcenter eingesetzt werden. Diese werden ca. 2/3 der neuen Fälle im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise auffangen. Für die Vermittlung sei derzeit noch nicht geplant die Mitarbeiterzahl aufzustocken. Hintergrund sei, dass zunächst abgewartet werde, ob sich der Aufwand in der Vermittlung durch diesen Personenkreis erhöhe.

**Abgeordnete Albers** bedankte sich für den Vortrag und wollte wissen, was unter „weitere Fördermaßnahmen“ für Alleinerziehende zu verstehen sei. Zudem fragte sie, ob Langzeitarbeitslose über das Teilhabechancengesetz integriert würden. Weiterhin wollte sie wissen, ob es für Langzeitarbeitslose auch Ausbildungsangebote gäbe.

**Herr Focken** teilte mit, dass der Fokus darauf liege die Teilhabe von Frauen zu steigern. Seit drei Jahren gäbe es entsprechende Fördereinrichtungen, wie z. B. der europäische Sozialfonds (ESF), speziell für Frauen. Es würden Teilzeitmaßnahmen auch mit Kinderbetreuung angeboten werden sowie spezielle Fördermaßnahmen im Bereich Pflege. Herr Focken sicherte zu, dass dem Protokoll eine Aufstellung angefügt werde (Anlage 3).

**Herr Focken** erläuterte, dass es über den § 16 a und § 16 i SGB II eine Förderung für Langzeitarbeitslosen und Arbeitslose mit Einschränkungen in Form von Lohnkostenzu-



schüsse gäbe und hiervon in den letzten drei Jahren ca. 175 Personen profitieren konnten.

Es wurde weiter ausgeführt, dass Ausbildungsangebote für Langzeitbezieher möglich seien. Dies bedinge jedoch, dass es motivierte Menschen gäbe, die dies für sich auch in Erwägung ziehen.

**Abgeordnete Albers** teilte mit, dass es nach ihrer Auffassung durchaus interessierte Personen gäbe, es jedoch oft an der Sprache scheitere.

**Herr Focken** berichtete, dass Betriebe häufig die Rückmeldung gaben, dass die praktische Arbeit durchaus gelinge, aber die Theorie ein Problem darstelle. Das Jobcenter habe über die BBS versucht zu helfen. Dies gelang jedoch meist nicht, da das Ausbildungsverhältnis abgebrochen wurde, ehe man intervenieren konnte.

**Vorsitzender Forster** bedankte sich für den Vortrag und für die Arbeit im Jobcenter. Die Leistungen seien vielseitig und eine große Herausforderung.

---

**TOP 7**      **DRK Übernachtungsheim**  
**Vorlage: X/2022/054**

**Herr Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**, erläuterte die Beschlussvorlage anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 4). Er gab den Hinweis, dass es ca. 15 freiwillige Leistungen im Amt gibt, die immer wieder im Ausschuss vorgestellt würden.

**Abgeordneter Tammen** erkundigte sich, ob durch die Beschlussvorlage abgedeckt sei, dass Steigerungen in den Personalkosten zukünftig automatisch angepasst würden und wollte wissen, ob dem Ausschuss diese Anpassung dann nicht erneut zur Entscheidung vorgelegt werde.

**Herr Müller** erklärte, dass die Personalkosten als Hauptanteil der Finanzierung zu verstehen sei. Wenn außerhalb dessen Erhöhungen notwendig werden, würde dies auch dem Ausschuss wieder vorgelegt werden. Ansonsten werde die Verwaltung zukünftig die Personalkostensteigerungen automatisch anpassen.

**Vorsitzender Forster** bedankte sich für den Vortrag und wies daraufhin, dass dieses inhaltlich mit dem DRK abgestimmt sei.

**Abgeordnete Albers** wies daraufhin, dass die unfreiwillige Obdachlosigkeit auch im Zusammenhang mit dem fehlenden sozialen Wohnungsbau stünde. Frau Albers stellte die Frage, warum die Landesbeiträge niedriger ausfallen als zuvor und wie es mit Plätzen für Frauen aussehe.

**Herr Müller** erklärte, dass sich nicht das Land beteilige, sondern die Landesverbände des DRK. Das DRK melde dort benötigte Mittel an. Die Landesverbände würden jedoch derzeit nicht mehr so leicht Mittel zur Verfügung stellen. Herr Müller führte weiter aus, dass es derzeit noch keine Plätze für Frauen gäbe, dies aber beim DRK in der Planung sei.

**Vorsitzender Forster** ließ über die Beschlussvorlage abstimmen. Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration stimmten der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 8**      Flüchtlingsunterbringung; Sachstandsbericht

**Herr Schäfer, Leiter des Ordnungsamtes**, stellte den 2. Sachstandsbericht anhand der anliegenden Präsentation vor (Anlage 5).

**Abgeordnete Albers** ergänzte, dass bereits in der Vergangenheit Mindeststandards für Wohnraum entwickelt wurden.

**Herr Schäfer** erklärte, dass die Mindeststandards für Sammelunterkünfte gelten und derzeit auf Wohnungen umgeschrieben werden. Herr Schäfer gab den erklärenden Hinweis, dass Flüchtlinge auch eigenständig Wohnungen anmieten können und dadurch die Mindeststandards auch umgangen wurden, ohne dass der Landkreis Aurich darauf Einfluss habe.

**Vorsitzender Forster** bedankte sich für den Bericht.

**Abgeordneter Albrecht** bedankte sich für den Vortrag und stellte fest, dass der Landkreis sich sehr bemühe. Er fasste zusammen, dass es gesetzliche Grenzen gäbe. Die gemeinsame Haltung müsse sein, dass die Menschen würdig untergebracht werden. Er sei über die Presseberichte unglücklich. Er stellte die Frage, warum die Wohnungen überhaupt besichtigt wurden, wenn der Landkreis an dieser Stelle nicht eingreifen könne.

**Herr Schäfer** erklärte, dass der Landkreis Aurich den Hinweisen nachgehen wollte, um zu prüfen, ob es baurechtliche Mängel gab und um Hilfe anzubieten.

**Abgeordneter Tammen** fasste zusammen, dass durch den Landkreis Aurich viel unternommen wird. Dass dieser in kurzer Zeit so breit aufgestellt sei, müsse positiv bewertet werden. Er erkundigte sich, ob durch den Zuständigkeitswechsel vom AsylbLG in Richtung SGB II sich auch etwas an der Wohnsitzauflage ändere. In der letzten Flüchtlingskrise habe man festgestellt, dass Ostfriesland nicht unbedingt der Ort gewesen sei, wo die Flüchtlinge bleiben wollten. Er erkundigte sich, ob dies bei den ukrainischen Flüchtlingen auch zu erkennen sei.

**Herr Schäfer** erklärte, dass sich die Wohnsitzauflage nicht aus dem AsylbLG ergebe, sondern aus dem Aufenthaltsgesetz. Somit ändert sich durch den Wechsel in das SGB II daran nichts. Ein Wegzug sei derzeit nicht erkennbar. Ukrainer seien nach ersten Erkenntnissen sehr dankbar über die Ruhe, auch in Utlandshörn.

**Frau Frieden** ist dankbar für die Aussage, dass Flüchtlinge alle gleich sind, egal aus welchem Land sie kommen. Sie sagte, dass auf höhere Ebene entschieden werden müsste, wer für Wohnraumbeschaffung zuständig sei. Diese Regelung müsse dann landesweit gelten.

**Herr Schäfer** erklärte, dass eine zentrale Steuerung schwierig sein könnte, weil die Zuständigkeiten in den Landkreisen unterschiedlich seien. Beispielsweise habe der Landkreis Leer die Aufgabe an die Gemeinden abgegeben.

**Abgeordnete Albers** schloss sich dem Beitrag von Frau Frieden an. Sie wollte wissen, ob die Terminbuchung für Utlandshörn ebenfalls über die Internetseite des Landkreises erfolgen müsse.

**Herr Schäfer** bestätigte dies und berichtete, dass über diesen Weg bisher alle Personen den Landkreis Aurich und Utlandshörn erreicht haben. Probleme damit wurden bisher nicht gemeldet und alle Registrierungen wurden durchgeführt.

**Herr Köhler** gab an, dass es hinsichtlich des Zustandes von Wohnraum sicherlich unter den Flüchtlingen auch unterschiedliche Sichtweisen gäbe, dennoch müsse der Landkreis Aurich als Behörde die Gesundheit der Gesellschaft im Blick behalten.

**Herr Schäfer** teilte mit, dass die Dokumentationsstraße auch eine ärztliche Anlaufstelle beinhalte. Hier werde ein Impfangebot unterbreitet und geprüft, welche medizinische Versorgung, beispielsweise durch Medikamente, die Personen benötigen.

**Abgeordneter Seeberg** gab an, dass Utlandshörn nur eine Übergangslösung sein dürfe, um keinen Hotspot zu bilden.

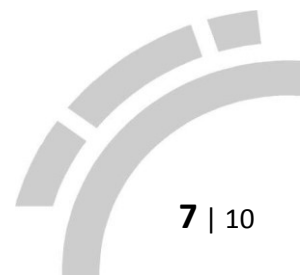
**Herr Schäfer** erklärte, dass der Aufenthalt in Utlandshörn möglichst kurzzeitig geplant sei. Anschließend erfolge eine Weitervermittlung in eine Wohnung. So würde es in Aurich ebenfalls aufgebaut werden.

**Abgeordneter Krüger** erklärte, dass er dennoch zu seinem Antrag Stellung nehmen möchte und stellte seine Erfahrungen mit Flüchtlingshelfern rund um die Vorfälle im März/April vor. In diesem Rahmen stellte Herr Krüger einige Fragen, die Herr Schäfer im Nachgang wie folgt beantwortete:

**Herr Schäfer** erklärte, dass der Landkreis erst zu einem späteren Zeitpunkt vor Ort war. Zu diesem Zeitpunkt war die genannte Person bereits im Krankenhaus. Ebenfalls waren die Mängel hinsichtlich der Ausstattung der Wohnung bereits beseitigt. Es sei sehr loblich, dass die Flüchtlingshelfer so schnell reagiert haben, dennoch konnte dadurch der Landkreis Aurich selbst keine Mängel mehr feststellen.

Zu dem 100,00 € Vorschuss erklärte Herr Schäfer, dass dieser ausgehändigt würde, damit die geflüchteten Menschen die ersten Tage überbrücken können. In einem Einzelfall bestand kein Bedarf einen Vorschuss zu zahlen, weil die Person bereits 100,00 € erhalten habe. Die Personen dürfen auch einen Vorschuss ablehnen.

Herr Schäfer führte weiter aus, dass der Landkreis Aurich von Wilke Saathoff keine Wohnungen angemietet habe. Die vermittelten Wohnungen würden im Vorfeld durch den Landkreis besichtigt. Dennoch kann anschließend keine wöchentliche Kontrolle



des Wohnraumes stattfinden. Dies erfolge dann nur noch anlassbezogen. Zudem hielt er es für ausgeschlossen, dass es zu Mehrfachvermietung käme. So ein Vorgehen würde spätestens auch den Gemeinden bei der Anmeldung auffallen.

Bezogen auf den Vorwurf, der Landkreis Aurich würde Daten herausgeben, erklärte Herr Schäfer, dass sich alle Mitarbeitenden des Landkreises Aurich an die Datenschutzgrundverordnung hielten und es zu keinen Verstößen gekommen sei.

Hinsichtlich der Frage, ob der Landkreis Aurich Rechtsschutz für die Flüchtlingshelfer übernehmen könne, wies Herr Schäfer daraufhin, dass ehrenamtliche Helfer\*innen auf eigene Gefahr hin tätig seien und daher kein Rechtsschutz übernommen werden könne.

**Abgeordneter Ennen** ergänzte, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht geschmälert werden sollte. Dennoch müsse jede/r auch aufpassen, dabei nichts falsch zu machen. Aus dem Vortrag von Herrn Krüger sei deutlich geworden, dass die Flüchtlingshelfer den Landkreis Aurich viel eher hätten informieren müssen. Dies sei erst geschehen, als alle Mängel beseitigt wurden.

**Abgeordneter de Vries** schloss sich in Teilen Herrn Ennen an und wies daraufhin, dass es Kontakt zwischen den Flüchtlingshelfern und dem Landkreis Aurich gäbe und in diesem Rahmen müsste all das besprochen werden. Die Platzierung hier im Ausschuss dient nicht zur Klärung der Sache.

**Abgeordneter Ubben** ergänzte, dass nichts schief laufe, wenn Menschen helfen wollen. Hinsichtlich der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Flüchtlingshelfern und Landkreis sollten Gespräche stattfinden.

**Vorsitzender Forster** betonte, dass die Arbeit die ehrenamtlichen Helfer\*innen sehr gut sei. Die Arbeit des Landkreis Aurich und der KVHS aber ebenfalls. Es sollte nicht der Eindruck vermittelt werden, dass sich nicht gekümmert werde. Abschließend bedankte er sich bei allen beteiligten Personen für den regen Austausch.

---

**TOP 9**      **Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2022; Unterbringung von Geflüchteten**  
**Vorlage: X-AF/2022/019**

*Wurde unter Tagesordnungspunkt 8 behandelt.*

---

**TOP 10**      **Antrag Freie Wählergemeinschaft vom 20.04.2022; Unterkünfte für geflüchtete Ukrainer**  
**Vorlage: X-AF/2022/020**





Wurde unter Tagesordnungspunkt 8 behandelt.

---

**TOP 11**      **Anfrage SPD Fraktion vom 21.04.2022; Unterbringung von Flüchtlingen**  
**Vorlage: X-AF/2022/021**

Wurde unter Tagesordnungspunkt 8 behandelt.

---

**TOP 12**      **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2022; Landkreis Aurich als "sicherer Hafen" für geflüchtete Menschen**  
**Vorlage: X-AF/2022/015**

**Abgeordnete Albers** stellte ihren Antrag vor und wies darauf hin, dass es durch ein Gespräch mit der Verwaltung bereits zu einem Vorschlag gekommen sei, der als Anlage zum Antrag bereitgestellt wurde.

**Abgeordneter Fohrden** berichtete, dass der Antrag in der Fraktion besprochen wurde und diesem nicht zugestimmt werde, da im Kreistag bereits eine Resolution auf den Weg gebracht wurde. Es sei nicht nachvollziehbar, warum der Landkreis Aurich sich zusätzlich noch zum „Sicheren Hafen“ erklären müsse.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärte, dass der Antrag so verstanden wurde, dass die Verwaltung damit den Auftrag erhielt, zu prüfen, inwieweit über die Quote hinweg aufgenommen werden könne. Die Verwaltung erkenne nach Prüfung hierfür durchaus Potenziale.

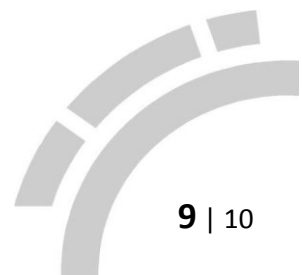
**Abgeordneter Tammen** verstehe den Antrag lediglich als "Symbolpolitik" und daher für nicht notwendig.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärte, dass der Landkreis Aurich genau recherchiert habe, was leistbar sei und was nicht. Die Verwaltung sei zu dem Ergebnis gekommen, dass mehr Flüchtlinge aufgenommen und versorgt werden können. Mit dem Vorschlag zum Antrag sei verbunden, mehr als das Verlangte zu tun.

**Abgeordneter Seeberg** gab zu bedenken hinzu, dass der Wohnungsmarkt stark unter Druck stehe. Durch das Vorgehen würde diese Situation verschärft werden.

**Vorsitzender Forster** fasste zusammen, dass der Vorschlag als eine Art "Appell" zu verstehen sei und es fatal wäre, wenn der Ausschuss heute beschließen würde, dass der Landkreis Aurich kein "Sicherer Hafen" sei.

**Frau Frieden** sprach sich für den Vorschlag aus um ein Zeichen zu setzen und appelliert an die stimmberechtigten Mitglieder dem Vorschlag zuzustimmen.



Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7      Nein-Stimmen: 4      Enthaltungen: 2

➡ **mehrheitlich beschlossen**

---

**TOP 13**      Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

---

**TOP 14**      Einwohnerfragestunde

**Ein Einwohner** wollte wissen, ob der Landkreis Aurich beabsichtige zukünftig Wohnungen von Wilke Saathoff anzumieten.

**Herr Schäfer, Leiter des Ordnungsamtes**, antwortete, dass das derzeit nicht geplant sei.

**Eine Einwohnerin** wollte wissen, wie der Landkreis Aurich bei Problemlagen in der Flüchtlingsarbeit zu Unzeiten zu erreichen sei.

**Herr Schäfer** antwortete, dass eine Kontaktaufnahme über die Leitstelle möglich sei. Zudem gäbe es eine Rufbereitschaft in Utlandshörn.

---

**TOP 15**      Schließung der Sitzung

**Vorsitzender Forster** schloss um 17.27 Uhr die Sitzung.

---

\_\_\_\_\_  
Hans Forster  
Vorsitzende/r

\_\_\_\_\_  
Sandra Hoofdmann  
Protokollführer/in